

Mandatsbedingungen der Concept Law – Rechtsanwaltskanzlei

Diese Mandatsbedingungen gelten, wenn Sie mit der **Concept Law - Rechtsanwaltskanzlei**, Am Gewerbepark 43, 64823 Groß-Umstadt, ("wir"/"uns" oder "Concept Law") einen Mandatsvertrag abschließen, der insbesondere die außergerichtliche und gerichtliche Vertretung in rechtlichen Angelegenheiten oder die Rechtsberatung zum Gegenstand hat.

1. Zustandekommen des Mandatsvertrags

Durch Bewilligung der Bevollmächtigung und der Mandatsbedingungen sowie durch Bestätigung der Kenntnisnahme der Datenschutzbedingungen und die Bestätigung der Beauftragung der Zahlungspflichtigen Mandatierung unterbreiten Sie der **Concept Law - Rechtsanwaltskanzlei** ein verbindliches Angebot. Die Annahme des Angebots erfolgt durch eine gesonderte ausdrückliche Erklärung von Concept Law. Vor Abgabe Ihres Angebots zum Vertragsabschluss haben Sie die Möglichkeit, die von Ihnen eingegebenen Daten einzusehen und zu korrigieren.

Der Vertrag kommt erst durch Annahme des Antrags durch Concept Law zustande. Wir nehmen Ihr Angebot auf Abschluss eines Mandatsvertrags durch Aufnahme unserer Tätigkeit an. Wir schicken Ihnen daraufhin eine Auftragsbestätigung per E-Mail. Diese E-Mail enthält den Vertragstext in ausdrückbarer Form. Der Vertragstext wird durch uns nicht gespeichert. Der Vertragsschluss erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache.

2. Gegenstand und Umfang des Auftrags

2.1 Gegenstand des Mandatsvertrags ist die vereinbarte Leistung, die durch jeden unserer Rechtsanwälte erbracht werden kann. Gegenstand des Mandatsvertrages ist nicht die steuerliche Beratung. Steuerliche Fragen und Auswirkungen hat der Mandant durch fachkundige Dritte (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc.) auf eigene Verantwortung prüfen zu lassen.

2.2 Ein rechtlicher oder wirtschaftlicher Erfolg ist nicht geschuldet.

2.3 Die **Concept Law - Rechtsanwaltskanzlei** kann zur Bearbeitung des Mandats freie und angestellte sonstige Mitarbeiter sowie Dienstleister heranziehen.

2.4 Das Mandat wird nach deutschem Recht, einschließlich in Deutschland geltender europarechtlicher Rechtsakte, bearbeitet.

3. Ihre Pflichten

3.1 Um das Mandat bearbeiten zu können, sind wir auf vollständige, wahrheitsgemäße und dokumentierte Informationen angewiesen. Sie sind verpflichtet, uns entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen, und sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängende Unterlagen und Daten zu übermitteln. Sie werden während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit uns mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite und sonstigen Beteiligten Kontakt aufnehmen.

3.2 Sie sind dazu verpflichtet, uns mitzuteilen, wenn sich Ihre Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse etc. ändert oder sie über längere Zeit nicht erreichbar sind.

3.3 Sie werden von uns übermittelte Schreiben und Schriftsätze sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig wiedergegeben sind. Sie sind verpflichtet bei Zweifelsfragen Rücksprache mit uns halten.

3.4 Sie verpflichten sich, unsere Arbeitsergebnisse nur mit unserer schriftlichen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

4. Unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

Unterlassen Sie eine in Ziffer 3 oder Ihnen sonstige obliegende Mitwirkung oder kommen Sie mit der Annahme der von uns angebotenen Leistung in Verzug, so sind wir berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass wir die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnen. Nach erfolglosem Ablauf der Frist dürfen wir den Vertrag fristlos kündigen. Unberührt bleibt davon unser Anspruch auf Ersatz der uns durch Ihren Verzug oder Ihre unterlassene Mitwirkung entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn wir von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch machen.

5. Vergütung

5.1 Die geschuldete Vergütung für unsere Leistungen richtet sich nach den Regelungen des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG). Die Berechnung der geschuldeten Vergütung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz richtet sich nach dem Gegenstandswert des Mandats. Pauschalhonorar und weitere Vereinbarungen sind vorbehalten.

5.2 Soweit Beratungs- Prozesskosten oder Verfahrenshilfe bewilligt wird, sind damit alle Kosten für unsere Leistungen abgegolten, die wir im Zusammenhang mit der rechtlichen Angelegenheit, für die Bewilligung ausgesprochen wurde, erbringen.

5.3 Wir sind berechtigt, Zahlungen für den Mandanten durch Dritte, die bei uns eingehen, mit offenen Forderungen, die uns gegen Sie zustehen, zu verrechnen.

6. Rechtsschutzversicherung

Soweit wir auch beauftragt sind, den Schriftwechsel mit der Rechtsschutzversicherung zu führen, werden wir von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung ausdrücklich befreit. In diesem Fall versichern Sie, dass der Versicherungsvertrag mit der Rechtsschutzversicherung weiterhin besteht, keine Beitragsrückstände bestehen und in gleicher Angelegenheit keine anderen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte beauftragt sind oder wurden.

7. Prozessfinanzierung

7.1 Sofern Sie bei der Durchsetzung von Ansprüchen einen Prozessfinanzierer in Anspruch nehmen, weisen Sie uns hiermit an, sämtliche aus dem Rechtsstreit erzielten Erlöse sowie etwaige Kostenerstattungen für Anwalts- oder Gerichtskosten auf unser Sammel-Anderkonto einzuziehen und die Vergütung des Prozessfinanzierers sowie etwaige Kostenerstattungen nach Maßgabe der jeweiligen Regelungen des Prozessfinanzierungsvertrages unmittelbar an diesen auszukehren.

7.2 Sie entbinden uns weiterhin gegenüber dem jeweiligen Prozessfinanzierer von ihrer Schweigepflicht in Bezug auf das finanzierte Mandat.

8. Speicherung und Verarbeitung von Daten des Mandanten

Wegen aller Fragen im Zusammenhang mit der Erhebung, Speicherung und Verwendung personenbezogener Daten wird auf die Hinweise zur Datenverarbeitung/Datenschutzerklärung verwiesen.

<https://www.concept-law.de/impressum-and-datenschutz/datenschutzerklärung/>

9. Unterrichtung des Mandanten per Fax

Soweit der Mandant den Rechtsanwälten einen Faxanschluss mitteilt, erklärt er sich damit bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung einverstanden, dass die Rechtsanwälte ihm ohne Einschränkungen über dieses Fax mandatsbezogene Informationen zusenden. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Faxgerät haben und dass er Faxeingänge regelmäßig überprüft. Der Mandant ist verpflichtet, die Rechtsanwälte darauf hinzuweisen, wenn Einschränkungen bestehen, etwa das Faxgerät nur unregelmäßig auf Faxeingänge überprüft wird oder Faxeingänge nur nach vorheriger Ankündigung gewünscht werden.

10. Unterrichtung des Mandanten per E-Mail

Soweit der Mandant den Rechtsanwälten eine E-Mail-Adresse mitteilt, willigt er jederzeit widerruflich ein, dass die Rechtsanwälte ihm ohne Einschränkungen per E-Mail mandatsbezogene Informationen zusenden. Im Übrigen gilt Ziff. 8 entsprechend. Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass die Kommunikation per E-Mail im Allgemeinen Risiken ausgesetzt ist. E-Mails können beispielsweise beschädigt, abgefangen, verzögert, durch andere Störungen beeinträchtigt werden oder virenbehaftet sein. Jedenfalls wenn Sie diesen Kommunikationsweg fortsetzen, ist von Ihrer entsprechenden Zustimmung auszugehen. Soweit der Mandant zum Einsatz von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren die technischen Voraussetzungen besitzt und deren Einsatz wünscht, teilt er dies den Rechtsanwälten mit.

11. Zahlungspflicht des Mandanten; Kostenerstattung

11.1 Sie sind verpflichtet, auf unsere Anforderung hin einen angemessenen Vorschuss und nach Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen.

11.2 Sie werden darauf hingewiesen, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

12. Form unserer Rechnung an Sie

Sie erklären Ihr Einverständnis, dass Honorarrechnungen nur als pdf-Anhang per E-Mail an Sie verschickt werden. Sie verzichten insoweit auf das Schriftform- und Unterschriftserfordernis des § 10 Abs. 1 RVG. Concept Law stellt sicher, dass sie jede einzelne Honorarrechnung vor Versand geprüft und freigegeben hat und archiviert die Rechnungen in Ihrer elektronischen Handakte. Sofern Sie einen Prozessfinanzierer haben, erklären Sie Ihr Einverständnis, dass

Concept Law Ihre Rechnung direkt in digitaler Form zum Zwecke der Abrechnung an Ihren Prozessfinanzierer übersendet. Auf Wunsch übermittelt Concept Law Ihnen eine von ihr unterzeichnete Honorarrechnung in Papierform.

13. Haftung

13.1 Wir haften, gleich aus welchem Rechtsgrund, nur für Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit sowie die fahrlässige Verletzung wesentlicher Vertragspflichten oder Pflichten, deren Erfüllung Stand die Vertragsdurchführung überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung Sie regelmäßig vertrauen dürfen (sog. Kardinalpflichten).

13.2 Unsere Haftung aus dem Mandatsvertrag im Falle eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens ist auf EUR 250.000,00 beschränkt. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadensverursachung, ferner nicht für eine Haftung für schuldhaft verursachte Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

14. Schlussbestimmungen

14.1 Die Parteien vereinbaren hinsichtlich sämtlicher aus diesem Vertragsverhältnis resultierender Rechtsbeziehungen die Anwendung des Rechts der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

14.2 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten zwischen oder aus diesem Vertrag ist Darmstadt, wenn Sie Kaufmann im Sinne von § 38 ZPO sind.

14.3 Die Europäische Kommission stellt unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sog. OS-Plattform) bereit. Wir sind zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle weder bereit noch verpflichtet.

14.4 Sollte eine Regelung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt.

15. Widerruf des Anwaltsvertrags

Sofern Sie ein Verbraucher sind (jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können) gilt das folgende Widerrufsrecht:

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen den Mandatsvertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (**Concept Law – Rechtsanwaltskanzlei**, Am Gewerbepark 43, 64823 Groß-Umstadt, 06078/3949589, info@concept-law.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E- Mail) über Ihren Entschluss, diesen Anwaltsvertrag zu widerrufen, informieren.

Sie können dafür das beigelegte Muster - Widerrufsformular - verwenden, dies ist jedoch nicht vorgeschrieben.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden. Folgen des Widerrufs Wenn Sie diesen Mandatsvertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen 14 Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist.

Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Anwaltsvertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Muster- Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An die

Concept Law – Rechtsanwaltskanzlei

Am Gewerbepark 43

64823 Groß-Umstadt

06078/3949589

info@concept-law.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistungen (*)

- Vertrag vom: (Aktenzeichen soweit bekannt)
- Name des/der Verbraucher(s):
- Anschrift des/der Verbraucher(s):
- Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier):
- Ort, Datum:

(*) unzutreffendes bitte streichen.